

Absage an absurde Ecopop-Initiative

Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop will das Wachstum der ständigen Schweizer Wohnbevölkerung aufgrund der Zuwanderung auf jährlich 0,2 Prozent begrenzen. Ausserdem soll die Schweiz 10 Prozent ihres Budgets für Entwicklungszusammenarbeit für Familienplanung reservieren. Widersprechende internationale Abkommen müssten angepasst oder gekündigt werden. Gegen dieses absurde und schädliche Vorhaben sprechen zahlreiche Argumente.

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative steht fest, dass die Zuwanderung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen beschränkt werden muss. Ecopop nimmt darauf keine Rücksicht und legt in der Bundesverfassung eine starre Grenze fest, die keinen Spielraum lässt. Die Initiative lässt netto noch ca. 16 000 Einwanderer pro Jahr zu, darunter auch Angeheiratete, zurückkehrende Auslandschweizer und Asylsuchende. Es bleiben kaum Kontingente für Fachkräfte.

Ab 2030 kommen die «Babyboomer» ins Pensionsalter und können auf dem Arbeitsmarkt durch die nachrückenden Jahrgänge nicht mehr ersetzt werden. Es gibt heute rund 50 000 mehr 50-Jährige als 10-Jährige in der Schweiz. Ecopop verunmöglicht es uns, diese riesige Lücke zu füllen. Damit würgt die Initiative die wirtschaftliche Entwicklung ab. Sie beschränkt vor allem die Zuwanderung von jungen, arbeitstätigen Menschen. Das gefährdet das Generationen-Gleichgewicht und schadet der Finanzierung wichtiger Sozialwerke. Ohne Zuwanderung wäre das Umlageergebnis der AHV seit 20 Jahren deutlich negativ.

Die Initiative gefährdet die Beziehungen zu Europa

Der Bundesrat nimmt nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative Gespräche mit der EU auf, um die für die Schweiz enorm wichtigen bilateralen Beziehungen zu Europa zu erhalten. Rund 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen nach Europa – davon hängen sehr viele Arbeitsplätze ab. Die enge Zusammenarbeit mit der EU im Forschungsbereich hat die Schweiz zu einem weltweit führenden Innovations-

standort gemacht. Nach einem Ja zu Ecopop wären die bewährten Bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU aber Geschichte und diese Erfolge akut gefährdet.

Die Initiative ist untauglich

Ecopop will die natürlichen Ressourcen schonen, wählt aber falsche Mittel. Der ökologische Fussabdruck des Mitteleuropäers ist zu gross – egal, ob er in Portugal oder der Schweiz lebt. Verkleinert werden kann der Fussabdruck nicht über eine radikale Zuwanderungspolitik, sondern mit technischem Fortschritt und mehr Effizienz. Das kann nicht vom Staat befohlen werden. Die Initianten plädieren für weniger oder gar kein Wachstum. Sie blenden völlig aus, dass sie mit ihren Forderungen auch ein qualitatives Wirtschaftswachstum verhindern, weil die Schweiz für Investitionen in Forschung und Entwicklung unattraktiv wird. Damit werden Innovationen verhindert, die auch der Umwelt nützen.

Die Initiative beschränkt das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung extrem, lässt aber Grenzgänger ausser Acht. Deren Zahl würde entsprechend

zunehmen, was in den Grenzkantonen Verkehrsprobleme verursacht und alles andere als umweltfreundlich ist.

Die Initiative ist anmassend

Andere sollen sich gemäss Initiative beschränken, damit der Lebensstandard in der Schweiz beibehalten werden kann. Wir würden es umgekehrt auch nicht akzeptieren, wenn afrikanische Länder in ihre Verfassungen schrieben, dass Schweizer Familien weniger Kinder haben sollen. Der einseitige Fokus auf Verhütungsmassnahmen und die Familienplanung ist der falsche Ansatz für die Senkung der Geburtenrate in Entwicklungsländern. Viel wichtiger sind Investitionen in die Bildung, vor allem für junge Frauen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung, Beschäftigungsmöglichkeiten und soziale Sicherheit.

Bei einem Ja zur Initiative müsste die Schweiz Jahr für Jahr 205 Millionen Franken allein in Aufklärungskurse und das Verteilen von Kondomen investieren. Vielen sinnvollen Projekten zugunsten von sauberem Trinkwasser, Schulen und Spitälern würde so das Geld entzogen. ■

Breite Allianz «Ecopop NEIN»

Am 30. November wird über die Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop abgestimmt. Eine breite Allianz von politischen Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Hilfswerken und weiteren Akteuren engagiert sich mit der Kampagne «Ecopop NEIN» gegen dieses Volksbegehren. Ausführliche Informationen, Argumente, Materialien und Unterstützungsmöglichkeiten sind auf der Kampagnen-Website verfügbar:

www.ecopopnein.ch ■

